

Die Zustimmung zum Friedensvertrag von Versailles

Dr. phil Ernst-Albert Seils, Berlin 2020

1. Kapitel

Der sogenannte „Schandfrieden von Versailles“

Der 7. Mai war in Berlin ein frostiger und wolkenverhangener Tag, erst für die folgenden Morgen war warmer Sonnenschein vorausgesagt. An diesem Tag wurden in Paris die Friedensbedingungen übergeben. Am diesem Montagnachmittag hatten sich im Trianon-Palast die Vertreter der Siegermächte des 1. Weltkriegs versammelt, darunter der amerikanische Präsident Wilson, der englische Premierminister Lloyd Georges und der französische Ministerpräsident Clemenceau. Auch eine deutsche Delegation war angereist, an deren Spitze der deutsche Außenminister Graf Brockdorff- Rantzau stand.

Der Lübecker Volksbote nannte, was geschah, eine Schicksalsstunde für Deutschland. Endlich werde das deutsche Volk nun wissen, mit welchen Friedensgeschenken es, nachdem der Krieg beendet worden war, bedacht werden solle. Die Zeitung sprach von Ernüchterung, die alle erfassen würde, und berief sich auf Meldungen der „Daily News“ vom Tag zuvor. Den Verlust eines Drittels seiner Steinkohlenförderung werde Deutschland hinnehmen müssen, die deutsche Wirtschaft werde aller Hilfsmittel beraubt werden.

„Die Stunde der Abrechnung ist nun gekommen, so zitierte der Volksbote die Worte, mit denen Clemenceau seine Rede eingeleitet hatte, am folgenden Tag. Das Berliner Tageblatt überschrieb am 8. Mai seinen Bericht mit „unannehmbare Friedensbedingungen“, darunter ein Artikel mit dem Wort „Nein! Gewalt ohne Maß und Grenzen“ werde Deutschland angetan, so wurde in der Vossischen Zeitung Ministerpräsident Scheidemann zitiert. „Wir stehen am Grabe des deutschen Volkes.“

Alle Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, stellten Deutschland als Opfer von Hass und Rachsucht der Siegermächte hin, obwohl die Friedensbedingungen noch gar nicht bekannt waren.¹

¹ Das geht aus den Reden Vöglers, v. Graefes, Stresemanns, der Sozialdemokraten Müller, Scheidemann und David im Reichstag am 18. Februar 1919 hervor. Protokolle der Nationalversammlung, S. 10. Sitzung, S. 132 - 170

„Die Kapitulation war das Endergebnis der Tätigkeit Hindenburgs und Ludendorffs.“² Sie war, obwohl die Niederlage längst abzusehen war, unter Berufung auf Botschaften und „Sonntagsreden“ Präsident Wilsons überstürzt eingeleitet worden. Den darin genannten Friedenszielen hatten England und Frankreich niemals zugestimmt. Angesichts des vollständigen militärischen Zusammenbruchs stellte nach dem dreimaligen Notenwechsel die deutsche Regierung am Schluss für die Friedensverhandlungen keine Bedingungen mehr. Der Waffenstillstand wurde dreimal verlängert, am 16. Februar auf unbegrenzte Zeit. Erzberger verhandelte von Januar bis März weiter mit Marschall Foch über unerfüllbare Waffenstillstandsbedingungen und holte weitere Erleichterungen heraus. Dabei wurde er von einem Stab deutscher Sachverständiger unterstützt. Daß die Kapitulation mit ihren harten Bedingungen einen noch härteren Friedensvertrag zur Folge haben würde, darüber konnte sich niemand Illusionen hingeben, wenn er die Berichte des deutschen Unterhändlers las.³

Nachdem die Nationalversammlung im Februar 1919 zum ersten Mal zusammengetreten war, wurden über das Thema erregte Debatten geführt.

Max von Baden wurde vorgeworfen, Deutschland hätte länger Widerstand leisten können, er habe sich „überstürzt“ an Wilson gewandt.⁴ Die Bedingungen, daß Deutschland die Waffen niedergelegt habe, seien die 14 Punkte Wilsons gewesen, nun würden sie von Frankreich und England „ausgehöhlt.“ Die Siegermächte hätten es auf „den Mord an unserm Leben“ abgesehen.⁵

In der Debatte vom 18. Februar 1919 beschuldigten die Sozialdemokraten Hermann Müller und Eduard David die ehemals Konservativen und die bürgerlichen Parteien, sie hätten, bevor Deutschland kapitulieren mußte, einen Frieden nicht gewollt. Sie zählten alle Gelegenheiten auf, die Kanzler Hertling hätte nutzen können, um beizeiten einen Verständigungsfrieden zu erlangen. Sie selbst seien als Befürworter der Friedensresolution für einen „Frieden des Rechtes“ eingetreten, einen solchen könnte Deutschland jetzt auch von den Siegermächten verlangen.

Hugo Haase, der Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten, hielt den Herren von der Deutschnationalen Partei entgegen, sie hätten keinen Grund, sich zu beschweren. „Die Chauvinisten des Auslands wenden ja nur Ihre Regeln an. Sie sind Fleisch und Blut von

2 Eberhard Kolb, Der Frieden von Versailles, München 2005, S.38 f. ; Ernst-Albert Seils, Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden, a.a.O., „Kritische Überlegungen zur Reichstagspolitik in der Schlussphase des Krieges“, S. 661 - 665

3 Matthias Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart 1920, S. 365 - 370

4 Vögler und Graefe von der Deutschnationalen Partei, siehe unten

5 Standpunkt Müllers und Davids als Sprecher der Sozialdemokraten siehe folgende Anmerkung

Ihrem Blut. Sie sind es gewesen, die jahrelang in die Welt hinausposaunt haben, ein entschädigungsloser Friede bedeute einen Hungerfrieden, stelle einen Schmachfrieden dar.“

Er erinnerte sie an ihre Kriegszielenkschriften. „Die Wahrheit liegt aktenmäßig fest.“

Statt hier über zu harte Friedensbedingungen zu lamentieren, sollten sich die Herren v. Graefe und seine Freunde lieber um die Freikorps kümmern. „Wir wollen nicht, dass Anmaßung und Überhebung uns in die Lage bringen, dass die Heere der Gegner, weil wir die Waffenstillstandsbedingungen, die wir erwarten müssen, nicht unterschreiben, weiter in unser Land eindringen und zu dem alten Elend neues Elend schaffen.“

Was in Paris in den Monaten März bis Mai ausgehandelt wurde, wusste man in politischen Kreisen Deutschlands nicht genau. Meist nahm man an, dass es hier um nichts anderes als um „Vergewaltigungsbestrebung“ und „Demütigungen“ gegenüber Deutschlands ging.⁶ Alle träumten davon, dass nun ein Großdeutsches Reich entstehen würde.

Diese Debatten wirkten engstirnig. Welche ungeheuren Probleme die Vertreter von 32 Staaten nach einem Weltkrieg, der die Karten Europas und des Nahen Ostens vollständig verändert hatte, lösen mussten, welche Interessen sie verfolgten und was die Menschen in den Siegerstaaten erwarteten, darüber dachte in Deutschland kaum einer nach.

Am 7. Mai wurde der deutschen Delegation in Paris das Vertragswerk von Versailles überreicht. Elsass-Lothringen musste an Frankreich zurückgegeben werden. Das Gebiet von Eupen-Malmedy mit seiner etwa 80prozentigen deutschsprachigen Bevölkerung sollte fortan zu Belgien gehören. Eine Zone links des Rheins und 50 Kilometer rechts des Flusses wurde vorläufig entmilitarisiert, das Gebiet westlich des Rheins einschließlich von Brückenköpfen von alliierten Truppen besetzt. Das Saargebiet sollte dem Völkerbund unterstehen, aber nach einer Volksabstimmung nach 15 Jahren zu Deutschland zurückkehren können. Die Kohlegruben wurden französisches Eigentum. Auch für Nordschleswig war eine Befragung der Bevölkerung vorgesehen, ob sie bei Deutschland bleiben wollte. Der nördlich von Flensburg liegende Distrikt sollte aufgrund des Ergebnisses Dänemark angegliedert werden.

Die preußischen Provinzen Posen, den größten Teil Westpreußens und Oberschlesien sollte Polen erhalten, Danzig wurde als Freie Stadt dem Völkerbund unterstellt. Die Polen erhielten mit Gdingen einen Zugang zum Meer, damit wurde Ostpreußen durch einen schmalen Korridor vom Reich abgetrennt. Ein schmaler Streifen Ostpreußens, das Memelland, sollte zu Litauen kommen.

⁶ Protokolle der Nationalversammlung, 38. Sitzung, 15. April 1919, S. 1050 ff.

Deutschland verlor auch seine Kolonien, musste den Siegermächten alle U-Boote, die Kriegs- und Handelsflotte übergeben. Es durfte nur noch eine Berufsarmee haben in der Größe von 100 000 Mann. Die Vereinigung Deutschlands mit Österreich wurde untersagt.

Schließlich war festgelegt worden, daß Reparationsleistungen zu zahlen waren. Die Höhe richtete sich nach den Sachschäden Frankreichs und Englands, aber auch die Kosten für die Familienunterstützung von Kriegshinterbliebenen und Militärpensionen gingen in die Berechnung ein. Denn Deutschland trüge, wie es in Art. 216 hieß, die alleinige Schuld am Krieg. Auf Verlangen der Siegerstaaten müssten die am Krieg Schuldigen und Militärs ausgeliefert werden, sie würden dann für ihre Verbrechen bestraft. Das im Ausland bestehende Eigentum Deutscher wurde beschlagnahmt. Da noch darüber nachgedacht werden sollte, was Deutschland jährlich leisten könne, wurde die Endsumme noch nicht genannt.

Der Vorsitzende der Friedenskommission, Clemenceau, betonte, grundsätzlich würden „alle Bestimmungen des Friedensvertrages aufrecht erhalten“. Zugelassen seien aber „Anregungen praktischer Art“.

Das Entsetzen in der deutschen Bevölkerung drückten die ersten Reaktionen der Reichsregierung und die Kommentare der Zeitungen fast einmütig mit dem Wort „unannehmbar“ aus. „Gewalt ohne Grenzen und ohne Maß soll dem deutschen Volk angetan werden“, hieß es in einer ersten Stellungnahme Friedrich Eberts. Reichstagspräsident Fehrenbach stellte fest: „Dieser Friedensvertrag bedeutet die Versklavung des deutschen Volkes für ewige Zeiten.“ Präsident des Reichsministeriums, Scheidemann sandte an die Regierungen der „Freistaaten Deutschlands“ ein Schreiben, das mit folgenden Worten begann: „In schwerer Not und sorgenbelastet hat das deutsche Volk in dem Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entgegengeharrt. Mit ihrer Bekanntgabe ist bitterste Enttäuschung und unsägliche Trauer über das ganze Volk gekommen.“ Er forderte die Regierungen auf, für eine Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten zu verbieten und in den Theatern nur Stücke zur Aufführung zuzulassen, „die dem Ernst dieser Zeit entsprechen“.⁷

In den großen bürgerlichen Zeitungen wurde das, was die Friedenskommission forderte, ein „Verbrechen“ genannt.⁸

Um den Protest Deutschlands öffentlichkeitswirksam zu gestalten, wurde für den 12. Mai eine Sondersitzung der Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität veranstaltet.⁹ Der

7 Vossische Zeitung, 9. Mai 1919

8 Berliner Tageblatt, 12. Mai 1919

9 Verhandlungen der Nationalversammlung, 39. Sitzung, 12. Mai 1919, S. 1081 – 1111, danach das Folgende

Rektor der Universität, der Theologe Seeberg, ließ sich durch den Kirchenrechtler Kahl vertreten. An dessen Kriegszieldenkschrift wollte niemand mehr erinnert sein. Kahl wies auf das Wandgemälde über der Rednerbühne hin, auf dem Johann Gottlieb Fichte abgebildet war, und zitierte aus dessen „Reden an die deutsche Nation“: „Wenn Ihr versinkt, so versinkt die ganze Menschheit mit, ohne Hoffnung auf eine Wiederherstellung.“

Das war die richtige Einstimmung für den Präsidenten des Reichsministeriums Scheidemann. Dieser erklärte: „Das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an seiner Gurgel fühlt.“ Dann zeichnete er ein Bild des zukünftigen Deutschland, das für ewige Zeiten hinter Kerkgittern versklavt werden sollten. „Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt!“

Von „Erwürgen, Versklaven, Einsperren, Niedertreten, Folterung eines ganzen Volkes, Helotendasein, Rachsucht, Betrug“ war dann auch in den folgenden Erklärungen die Rede. Gröber behauptete, Wilson habe Deutschland „eine verbindliche Rechtszusage gemacht“.

Es war eine nach allen Regeln der Propagandakunst inszenierte Veranstaltung. Die Fraktionen hatten Sprecher aus den Regionen Deutschlands eingesetzt, deren Bevölkerung von Nachteilen betroffen war. Jeder schilderte mit viel Pathos aus seiner Sicht, welche unermesslichen Leistungen sie alle zur Entstehung der deutschen Kulturnation beigetragen hatten. Jedes Detail der Friedensbedingungen wurde zurückgewiesen. Nach den Berechnungen des Bromberger Abgeordneten Schulz waren selbst die polnischen Gebiete Preußens überwiegend von Deutschen bewohnt. Gefordert wurde ein „Frieden des Rechts“, auch von Stresemann, Gröber und Fehrenbach, die noch ein Jahr zuvor den Gegnern Deutschlands das nicht hatten zubilligen wollen.

Tatsächlich unterlagen alle, die sich an diesem Rummel Beteiligten einer Selbsttäuschung. Es bestand auch deswegen kein Grund, in der beschriebenen Weise zu lamentieren, weil die Forderung nach einem Zugang Polens zum Meer in Wilsons 14 Punkten aufgeführt war. In dem 1864 von Dänemark abgetrennten Nordschleswig war stets der dänische Abgeordnete in den Reichstag gewählt worden; die spätere Abstimmung ergab ein eindeutiges Bild. Posen und Westpreußen waren durch die polnischen Teilungen von Preußen annektiert worden. Dass dort, außer im Gebiet von Thorn, Bromberg und Graudenz, auch im sogenannten Polnischen Korridor, ebenso wie in großen Teilen Oberschlesiens überwiegend polnisch oder kaschubisch sprechen Menschen wohnten, war in jedem Sprachatlas aufgeführt. Eindeutig überwiegend von Deutschen bewohnte Gebiete Westpreußens blieben deutsches Staatsgebiet. Den Elsass-

Lothringern hatte man im deutschen Kaiserreich eine Volksabstimmung stets versagt. Dass die Politiker Frankreichs und Englands, angesichts der gewaltigen Verschuldung gegenüber den Vereinigten Staaten und der Verpflichtungen zu Leistungen für die Kriegsoptionen unter einem unerhörten Druck standen, wurde nicht zur Kenntnis genommen.

Als Sprecher der USPD trat Haase ans Rednerpult und erklärte sich bereit, dem Einspruch seiner Kollegen zuzustimmen. Seine Kritik war aber sachlicher, dennoch leidenschaftlich und bewegt. „Die Friedensbedingungen stehen im schroffsten Widerspruch zu den Grundsätzen, die meine Freunde und ich während des ganzen Krieges für den Frieden aufgestellt haben. An der Katastrophe tragen die deutschen und habsburgischen Militaristen die Schuld.“ Er konnte als Ostpreuße bezeugen, wie eng die Bevölkerung des Memellandes mit Deutschland verbunden war. „Sie wird durch einen Gewaltakt wie eine leblose Masse verschoben. Ich will die einzelnen Gewalttaten nicht aufzählen.“ Aber er stellte nüchtern fest: „Wir verlangen, dass nirgends der Wille der Bevölkerung bei der Abänderung der Grenzen mißachtet wird.“

Er gab den Politikern des Auslandes recht, die behaupteten, die deutschen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen hätten kein Recht, sich zu beklagen, da sie doch in Brest-Litowsk und Bukarest auch an Stelle des Rechts die Gewalt gesetzt hätten.

„Wurde doch mit zynischer Offenheit den Gegnern, als sie zu unterliegen schienen, das ‚Wehe den Besiegten!‘ zugerufen.“ Er gestand als einziger Redner die Teilschuld Deutschlands am Krieg ein.

„Nicht von der Revancheidee, die wir aus der Tiefe unseres Herzens verwerfen, sondern von der revolutionären Entwicklung erwarten wir die Umwandlung des Friedensvertrages in ein Bündnis gleichberechtigter Völker.“ Auch er zitierte Fichte, so wie er die Lehre des großen Philosophen für zeitgemäß hielt: „Dann wird sein Wort Wahrheit werden, Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.“

„Das deutsche Volk muss jetzt furchtbar für die Verbrechen seiner Herrschenden leiden.“ Haase warnte davor, nun erneut in einen „nationalistischen Taumel zu verfallen“.

„Unsere Aufgabe muss es sein, bei aller Erregung über den uns zugemuteten Frieden törichte und sinnlose Taten zu verhüten, die das Volk noch tiefer in das Verderben hineinstoßen. [...] Die gequälten und zermarterten Massen des Volkes wollen im Geiste der Revolution an den Aufbau der Gesellschaft herantreten, sie wollen nicht weiter bluten und dem Hungertode preisgegeben werden.“¹⁰

¹⁰ Verhandlungen der Nationalversammlung, 39. Sitzung, 12. Mai 1919, S. 1102 – 1105; Teile der Rede bei Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, a.a.O., S. 674

Der Schlusssatz war eine Ermutigung für die Zukunft: „Unser Volk kann nicht untergehen, es wird nicht untergehen. Es wird durch die siegreiche Kraft des Sozialismus zur Höhe sich erheben, trotz alledem.“

Das Wort „unannehmbar“ fiel nicht. Die Partei der einstigen Kriegsgegner war die einzige Partei der Nationalversammlung, die zu diesem Zeitpunkt bereit war, den Friedensbedingungen zuzustimmen.

Am schlimmsten gebärdete sich Reichstagspräsident Fehrenbach: „Das ist keine Einleitung eines Friedens der Völkerverständigung, das ist die Verewigung des Krieges; „memores estote inimici, ex ossibus ultor!“ Anhaltendes stürmisches Bravo und Händeklatschen. Mit dem Zitat aus Vergils Äneide rief der höchste Repräsentant der Nationalversammlung zur Rache auf.

Deutsche Politiker begannen sofort die Massen zu mobilisieren und den Protest auf die Straße zu tragen. Eine „Riesenkundgebung“ wurde am 15. Mai im Berliner Stadtzentrum veranstaltet.¹¹ Deputationen wurden zu Reichspräsident Ebert und Ministerpräsident Scheidemann entsandt.

Die Stimmungsmache klappte: Die Menschen sangen „O Straßburg. O Straßburg, du wunderschöne Stadt und Schleswig-Holstein meerumschlungen“. Die Glocken läuteten, Flieger warfen Flugblätter ab, Militärkapellen spielten „Deutschland, Deutschland über alles. Als Redner trat u.a. Friedrich Naumann auf: „Wir kämpfen für unsere Freiheit und unser Recht, gegen das, was unsere Gegner in zügelloser Rachsucht unter Vertragsbruch ersonnen haben.“

Die gesamte deutsche Presse beteiligte sich in den folgenden Wochen mit Berichten über Kundgebungen aus allen Teilen des Reiches gegen das „beabsichtigte Todesurteil gegen Deutschland.“ Öffentlichkeitswirksam aufgemacht waren Darstellungen über Massenveranstaltungen aus Westpreußen und Oberschlesien, u.a. aus Thorn und Gleiwitz. Unter dem Geläut der Glocken von allen Türmen der Städte endeten die „feierlichen Züge“ Zehntausender in den Kirchen, dort fanden Bittgottesdienste statt.¹²

Die öffentliche Meinung wurde von einem gewaltigen Verdrängungsprozeß über die Kriegsursachen und die Gründe für die deutsche Niederlage erfaßt. Ein Phänomen der deutschen Nachkriegsgeschichte war geboren, das des „Schandfriedens von Versailles“.

¹¹ Vossische Zeitung, 16. Mai 1919

¹² Lüner Anzeigen, 17. Mai 1919

2.Kapitel

Hugo Haase soll in die Regierung eintreten, um Deutschland zum Frieden zu verhelfen

Am 15. Mai wurde eine Veranstaltung im Zirkus Busch abgehalten, auf der Luise Zietz ankündigte, die Partei werde sich nicht an den öffentlichen Kundgebungen beteiligen, „sie dränge darauf, ohne lange Verhandlungen zu dem Gewaltfrieden einfach Ja zu sagen“. Die USPD müsse ein soziales Vorbild sein.¹³ Wilhelm Dittmann spricht vom einen nationalistischen „Fieber-Paroxysmus, der weite Kreise der Bevölkerung ergriffen habe. Eduard Bernstein warnte davor, in das Geschrei der bürgerlichen Presse einzustimmen.¹⁴

Von Haase ist ein Vortrag in den Comeniussälen überliefert mit dem Titel „Sollen wir den Friedensvertrag unterzeichne.“ Darin weist er auf die schweren Schäden, die die Bevölkerung Frankreichs erleiden mußte, hin.¹⁵

Seinen Standpunkt hatte er in der Aula der Universität bekannt gemacht. Angegriffen wurde er deswegen u.a. in der sozialdemokratischen Presse. Seine „Irrsinnspolitik“ werde dazu führen, daß „die Ententekapitalisten aus dem deutschen Proletarier das letzte Blut herauspressen könnten.“¹⁶

Obwohl Clemenceau erklärt hatte, die Deutschen könnten nur Anregungen geben, wurden unter Leitung des Außenministers Graf von Rantzau umfangreiche Gegenvorschläge zu Papier gebracht. Daraufhin verlängerte die Friedenskommission die Einspruchsfrist.

Was die Deutschen am meisten wurmte, war die die Feststellung, Deutschland trage die Schuld am Krieg. Stets wurde behauptet, Gebiete dürften nicht ohne Abstimmungen abgetrennt werden. Durch die Unterstützung Englands konnte die deutsche Seite in Hinsicht auf Oberschlesien einen Erfolg verbuchen. Dort wurde eine Volksbefragung vorgesehen. Solche waren in gemischtsprachlichen Gebieten schwierig. Der Teil mit den ertragreichsten Kohlevorkommen, wurde später Polen zugeschlagen, 60 Prozent blieb deutsch. Im übrigen kehrte der deutsche Außenminister am 16. Juli mit leeren Händen nach Weimar zurück.

Die deutsche Kommission blieb bei ihrer Ablehnung, der Friedensvorschlag sei unerträglich, unerfüllbar und rechtsverletzend.

Der umtriebige Erzberger hatte erkannt, daß man nun Scheidemann und mit ihm das ganze Kabinett stürzen könne. Ihm kam es auf den Posten des Finanzministers an. Er schwärzte den

¹³ Lübecker Nachrichten, 20.Mai 1919

¹⁴ Wilhelm Dittmann, Erinnerungen, Bd. 2, a.a.O., S. 675; Francis Ludwig Carsten, Eduard Bernstein 1850 – 1932, München 1993, S. 178

¹⁵ Ernst Haase, Hugo Haase, a.a.O. S. 242 - 248

¹⁶ Lübecker Nachrichten, 23 Mai 1919

bisherigen Regierungschef wegen seiner „Politik des herausfordernden Trotzes“ bei Ebert an.¹⁷ Auch in der SPD war ein Kampf um die Zustimmung entbrannt. Besonders David machte sich dafür stark. Ebert verlangte wie die bürgerlichen Parteien, die Vorschläge Wilsons müssten für den Frieden maßgeblich sein.¹⁸

Haase musste nach Weimar zurückkehren, von dort schrieb er an seine Frau und beklagte besonders das Verhalten der Demokraten. „Da das Nein sagen und das Mundspitzen nicht genügt, sondern gepfiffen werden muss, fühlen sie sich nicht wohl in ihrer Haut.“ Er wolle der Regierung vorerst keinen Rat geben, machte sich besonders über den orientierungslosen Scheidemann lustig. „Katzjammer, wohin man blickt. Im Grunde wünscht die Mehrheit den Abschluss des Friedensvertrages. Aber wie das bewirken, ohne der Lächerlichkeit zu verfallen. Die Sozialdemokraten, geführt von Löbe und Müller, würden jetzt am liebsten Ja sagen.“ Am starsinnigsten sei die Demokratische Volkspartei, darunter Haußmann, Haas, Gothein, Richthofen. Im Zentrum scheine sich ein Umschwung anzubahnen.¹⁹

Haase selbst befand sich in einer merkwürdigen Situation. Nach seiner Rede am 12. Mai in der Berliner Universität gab es offenbar auf vielen Seiten Bestrebungen, ihm ein Amt in der Regierung zu verschaffen oder gar ihn an die Spitze der deutschen Regierung zu bringen. Im Gespräch war eine Minderheitsregierung mit den Sozialdemokraten. Theodor Wolff meinte im Berliner Tageblatt, Haase könne dann ja alle um sich sammeln, die dem Friedensvertrage zustimmen wollten.²⁰ Die Berliner Volkszeitung schrieb am 4. Juni, nachdem Scheidemann sich derartig festgelegt hatte, sagte Scheidemann, man müsse sich jetzt Gedanken machen, wer seine Nachfolge antreten solle. Haase habe zwar am 12. Mai erklärt, dass seine Fraktion die Aufgabe ablehne, den Krieg formell zum Abschluß zu bringen, aber er habe andererseits auch gesagt, seine Fraktion fühle sich verpflichtet, einen Abschluss des Krieges herbeizuführen.²¹

In diesem Zusammenhang ist eine Episode von Interesse, die Graf Kessler, liberaler Patriot, in seinem Tagebuch festgehalten hat: Er hatte Haase schon im März in seiner Wohnung in der Brückenallee 22 aufgesucht und ihn beknetet, in die Regierung einzutreten. „Wenn Haase nicht eingreife, sehe ich keine Rettung mehr.“ Die Arbeiter hätten das Vertrauen in die jetzige Regierung weitgehend verloren. Haase lehnte ab.²²

17Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, 2. Bd., a.a.O., S. 284 ff.

18 Mühlhausen, Friedrich Ebert, a.a.O., S. 252 ff

19 Ernst Haase, Hugo Haase, a.a.O., S. 178 f.

20 Berliner Tageblatt, 12. Mai 1919, Leitartikel

21 Eine rein sozialistische Regierung, Berliner Volkszeitung, 4. Juni 1919, Morgenausgabe

22 Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918 -1937, Ausgabe Inseltaschenbuch 1996, S. 154 f.

An seine Frau schrieb er am 18. Juni aus Weimar: Unter den vielen Briefen, die ich her fand, befanden sich eine Anzahl aus verschiedenen Teilen des Reiches, deren Verfasser sich für die künftige Regierung, an deren Spitze sie mich zu sehen glaubten, als Mitarbeiter anbieten. Die Provinzpresse scheint sich mit dem Gedanken, ich müsste unterschreiben, in letzter Zeit wieder beschäftigt zu haben, Ich danke.²³

Zweifellos hatte der USPD-Vorsitzende durch sein klare Haltung und weil viele ihn schätzten, ein hohes Ansehen erlangt. Selbst Stresemann suchte ihn auf, unterhielt sich mit ihm über politische Tagesfragen und tat so, als sei er sein bester Freund.²⁴

3. Kapitel

Wie es Haase gelang, dem Reichstag die Zustimmung abzutrotzen

Das Ende der Verhandlungen vollzog sich am 22. und 23. Juni. In Weimar spielten sich an diesen beiden Tagen dramatische Szenen ab. Die Beratungen der Fraktionen und des Kabinetts und mit General Groener dauerten teilweise bis tief in die Nacht. Sitzungsprotokolle wurden nicht angefertigt, so dass man über deren Verlauf viele Einzelheiten nicht weiß.

Am 18. Juni abends stimmte das Kabinett über die Annahme der Friedensbedingungen ab. 8 Mitglieder waren für die Ablehnung, 6 für die Annahme. Daraufhin erklärte Ebert, die Fraktionen müssten entscheiden. Bei einer Probeabstimmung der Sozialdemokraten waren 75 für die Annahme, 39 dagegen.

Scheidemann trat zurück, ebenso Landsberg, der zu den Gegnern der Unterzeichnung gehörte. Ebert löste die Regierung auf. Die Deutschen Demokraten, Haußmann an der Spitze, ebenso wie Graf Rantzau waren nicht mehr bereit, in eine neue Regierung einzutreten. Nur zwei Parteien, wollten weitermachen, die Sozialdemokraten und das Zentrum. Die Ziele, die beide gemeinsam anstrebten, waren minimal. Die meisten Zentrumsabgeordneten unter Führung des Fraktionsvorsitzenden Groeber wollten nicht zustimmen.

Aber Ebert hatte ja das Recht den Präsidenten des Reichsministeriums und die Kabinettsmitglieder zu ernennen, also suchte er sich, ohne Verhandlungen mit den Parteien zu führen, Männer, die er für geeignet hielt, aus.

Seinen Duzfreund Gustav Bauer ernannte er zum neuen Ministerpräsidenten, einen Gewerkschaftsfunktionär, der mit besonderen politischen Aktivitäten noch nicht

²³ Ernst Haase, Hugo Haase, a.a.O., S. 179

²⁴ Ernst Haase, Hugo Haase, a.a.O., S. 185

hervorgetreten war. Ob der ehemalige Büroleiter einer Rechtsanwaltskanzlei dafür geeignet war, stand nicht zur Diskussion. „Komische Vorstellung, Bauer Reichskanzler“ bemerkte Haase in einem Brief an seine Frau.²⁵

Sein langjähriger Kollege im Parteibüro Hermann Müller wurde zum Außenminister, David, eigentlich Spezialist für Außenpolitik, zum Innenminister ernannt.

Der neue starke Mann kam aus dem Zentrum, Erzberger wurde Reichsfinanzminister. Der Taktiker war am Ziel.²⁶

Noske war weiterhin Reichswehrminister, andere blieben u.a. Gisbert, und Bell vom Zentrum, Wissel und Robert Schmidt. Da Alexander Schlicke Arbeitsminister geworden war, waren nun 5 ehemalige Gewerkschaftler am Kabinetttische versammelt, zwei Parteijournalisten, und ein Parteifunktionär. Einen Justizminister hatte man so schnell nicht gefunden.

Die Vossische Zeitung nannte das ein Kabinett von „eigenartiger Form“, es habe „provisorischen Charakter, trat für Neuwahlen ein. Keiner wusste, wie es weitergehen sollte, besonders im Zentrum nicht.

Der erste Akt des Dramas um die Annahme des Friedensvertrages vollzog sich am 22.Juni.²⁷

Nachdem der neue Ministerpräsident Bauer erklärt hatte, warum das alte Kabinett zurückgetreten sei, gab er die Einstellung der neuen Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages bekannt. Er protestierte noch einmal gegen die Bedingungen, und legte dann dar, dass seine Regierung dennoch bereit sei, ihn zu unterzeichnen. Die Nationalversammlung müsse ihn zuvor ratifizieren. Seine Partei werde das aber nur unter zwei Vorbehalten tun: Deutschland könne den Art. 231 nicht anerkennen, dass es der alleinige Urheber des Krieges sei. Das deutsche Volk könne es auch nicht mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, den Kaiser oder Heerführer, als Kriegsverbrecher auszuliefern, wie in Art 221 - 230 festgelegt worden war. Dem schlossen sich Paul Löbe für die SPD und auch Gröber für das Zentrum in ihren Redebeiträgen an. „Wir können uns nicht dazu herbeilassen, eine Lüge anzuerkennen, und deutsche Bürger an die feindlichen Regierungen auszuliefern.“ Das wurde von dem Zentrumsabgeordneten noch einmal betont.

Dagegen erklärte Schiffer für die Deutsche Volkspartei, die überwiegende Mehrheit seiner Fraktion habe sich für die Ablehnung des Vertrages entschieden, dabei werde es, mit einigen Ausnahmen, bleiben. Aber seine Partei sei bereit, sich bei der Vertrauenserklärung für die neue Regierung der Stimme zu enthalten.

²⁵ Ernst Haase, Hugo Haase, a.a.O., S.182

²⁶ Berliner Tageblatt, 22. Juni 1919

²⁷ Protokolle der Nationalversammlung, 40. Sitzung, 22. Juni 1919, . S. S. 1113 - 1134

Haase erklärte, seine Partei werde für die Unterzeichnung stimmen. Er warnte davor, dem Vertrag mit Einschränkungen zuzustimmen, das könne den ganzen Frieden gefährden.

Zunächst hatte es geheißen: „Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages.“ Also mit dem erwähnten Vorbehalt. Der Text, über den abgestimmt werden sollte, wurde aber, um die Zustimmung der Unabhängigen zu erlangen, geändert. Er lautete jetzt: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvorschlages einverstanden.“ Es handelte sich um eine Formulierung, die von Haase und Cohn entworfen und zwischen Oskar Cohn und Adolf Gröber vereinbart worden war.²⁸

Die Deutsche Volkspartei ebenso wie die Deutschnationale Partei lehnten den „Schandvertrag“ noch einmal ab. Schuld an der traurigen Lage Deutschlands sei die Auflösung der Widerstandskraft des Heeres, so der Abgeordnete Kahl, die Entblößung von allen Machtmitteln, die Selbstschwächung durch Generalstreiks gewesen. „Das deutsche Volk hat diesen entsetzlichen Krieg nicht angestiftet, nicht gewollt und nicht gewünscht.“

Es folgte eine namentliche Abstimmung über den oben dargestellten Antrag. Wie er auszulegen sei, ob darin auch der Vorbehalt enthalten sei oder nicht, ließ Präsident Fehrenbach, weil zuvor der Schluß der Debatte beschlossen worden war, nicht zu.

Das Ergebnis war: 380 Stimmkarten waren abgegeben worden. 237 mit ja, 138 mit nein, enthalten hatten sich 5 Abgeordnete. Anschließend sprach die Nationalversammlung der neuen Regierung mit 235 gegen 89 bei 69 Enthaltungen das Vertrauen aus.²⁹ Haase und seine Kollegen hatten gegen sie gestimmt.

Wer gemeint hatte, damit sei das Thema erledigt, wurde am folgenden Tag eines Besseren belehrt.

„Die Entente besteht auf bedingungsloser Annahme,“ lautete die Schlagzeile auf der ersten Seite der Abendausgabe der Berliner Zeitung. Die Meldung über die Antwortnote der deutschen Regierung war überholt.

Der zweite Akt des Unterzeichnungs-dramas begann. Die Waffenstillstandskommission ließ sich auf eine Fristverlängerung nicht mehr ein. Bis 18 Uhr des folgenden Tages müsse der Friedensvertrag vorbehaltlos unterzeichnet sein. Sonst würden französische Truppen den Rhein überschreiten und in Deutschland einmarschieren.

²⁸ Vossische Zeitung, 23. Juni 1919

²⁹ Protokolle der Nationalversammlung, 40. Sitzung, 22. Juni 1919, S. 1135

Man hatte von der Obersten Heeresleitung Gutachten eingeholt und erfahren, dass ein militärischer Widerstand aussichtslos sei.

Die Zentrumsführung erklärte sofort, dass die Fraktion unter den geänderten Umständen den Friedensvertrag ablehnen werde. Ministerpräsident Bauer wusste nicht, wie es weitergehen sollte. Er rief das Kabinett zu einer Nachtsitzung zusammen, um darüber zu beraten, ob es ratsam sei, die Abstimmung zu wiederholen und vom Reichstag eine Zustimmung zu den Friedenbedingungen ohne Vorbehalt zu verlangen. Über Haase schrieb die Vossische Zeitung am Abend des 23. Juni, er habe erklärt, daß die Unterzeichnung auf jeden Fall erfolgen werde.³⁰ „Völliges Chaos“, lautete eine Meldung der Börsenzeitung vom 23. Juli. Wahrscheinlich werde die Bildung einer neuen Regierung notwendig sein.³¹

Erich Dombrowski vom Berliner Tageblatt gab von den Vorgängen in Weimar am 23. Juni folgenden Bericht: Um 12 Uhr traf der abschlägige Bescheid in Weimar ein, dass die Fristverlängerung abgelehnt war. Die einzelnen Fraktionen beraumten schon frühmorgens neue Sitzungen an. Wie in einem Ameisenhaufen lief alles durcheinander. In der Demokratischen Partei wurden einige Abgeordnete schwankend, und die kleine Gruppe der Sieben, die im Gegensatz zum Gros der Partei sich zu einer Annahme des Antrags bekannten, verdoppelte sich. 37 blieben dagegen fest. Auf das Zentrum übte die neue Wendung der Dinge eine ganz andere Wirkung aus. Die überwiegende Mehrheit, im ganzen 68, erklärte bei einer unverbindlichen Durchzählung der Häupter, dass sie nunmehr den Vertrag ablehnen würde. Nur 14 konnten sich nicht dazu entschließen. Die Lage war um die Mittagsstunde verworrener denn je. Drei Zentrumsminister hatten bereits die Türklinke in der Hand, um aus dem Kabinett auszuscheiden. Herr Matthias Erzberger, der neue Finanzminister und Rechenkünstler, rechnete die neuen Stimmenverhältnisse bei einer etwaigen nochmaligen Abstimmung über den Friedensvertrag aus. Er kam, schweißtriefend, zu dem Ergebnis, dass ein neues Votum der Annahme mit vielleicht nur einer Stimme Mehrheit durchgehen würde. Auf diese Gefahr wollte er es nicht ankommen lassen.³²

Dombrowski berichtet dann von einer Ehrenerklärung, die abzugeben sich die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und die Deutschnationalen bereit erklärt hätten, in der festgestellt wurde, dass alle, die den Friedensvertrag unterzeichneten, aus vaterländischen Gründen gehandelt hätten.

30 Vossische Zeitung, 23. Juni, 1919, Artikel „Ablehnung der militärischen Führer“

31 Börsenblatt, 23. Juni 1919

32 Berliner Tageblatt, 24. Juni 1919

Um die Vorgänge bei der endgültigen Abstimmung zu verstehen, muss man die Memoiren des früheren Vizekanzlers Friedrich Payer heranziehen, der in der Weimarer Zeit Abgeordneter der Deutschen Volkspartei war.³³ Er beschreibt die chaotische Stimmung in der Weimarer Nationalversammlung am 23. Juni 1919 ähnlich wie der Berichterstatter des Berliner Tageblattes.

„Bis spätestens nachmittags vier Uhr musste, wenn der Reichstag den Frieden annehmen wollte, das Telegramm an die Entente hinausgehen, auf sieben Uhr war sofortiger Einmarsch angedroht, falls nicht bis dahin Annahme erfolgt sei. Besonders das Zentrum habe sich in völliger Verwirrung befunden. Als um 12 Uhr die Fraktionsvorsitzenden zu einer Besprechung zusammentraten, erfuhren sie: „Auch die Sozialdemokratie war auseinandergebrochen, die Mehrheit neigte der Ablehnung zu.“ „Wir sprachen miteinander wie in einem Sterbehaus.“

In dieser Situation ergriff Haase das Wort und machte den Fraktionsvorsitzenden klar, dass eine nochmalige Abstimmung über den Friedensvertrag überhaupt nicht nötig sei. Der Reichstag habe ihr ja die Vollmacht zur Unterzeichnung schon gegeben. Payer schreibt: „Der Gedanke wurde allseits geradezu gierig aufgegriffen und zunächst die Rechtslage besprochen, ob die Regierung wirklich am vorhergehenden Tag die erforderliche Vollmacht zur Unterzeichnung erhalten hatte.

Haase las ihnen vor, worüber der Reichstag am Vortag abgestimmt hatte: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvorschlages einverstanden.“ Er legte ihnen dar, dass es hier nicht hieß, sie sei mit den Bedingungen des Friedensvertrages einverstanden. Das Wort Bedingen hätten er und Cohn ausdrücklich vermeiden wollen. Nun könnten ja die Zentrumsabgeordneten behaupten, sie hätten den Artikeln des Vertrages, gegen die sie einen Vorbehalt hatten, den Kriegsschuldartikel und die Auslieferungsverpflichtung, nicht anerkannt. Die Wendung „Friedensvorschlag“ könne man als Zustimmung zu dem Vertrag als ganzen betrachten oder nicht. Da das Wort „Bedingungen“ vermieden worden sei, könne jeder behaupten, er habe dem Frieden zugestimmt, aber einzelnen Forderungen nicht.

„Eine kurze rechtliche Auseinandersetzung und eine längere Darlegung Haases, wie diese Vollmacht in ihrer letzten Fassung auf Verlangen der Unabhängigen zustande gekommen sei, ließen keinen Zweifel, dass die Frage zu bejahen war,“ schreibt Payer. Alle Fraktionsvorsitzenden waren exzellente Juristen: Payer, Schiffer, Groeber, Heinze und Haase,

³³ Friedrich Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, Erinnerungen und Bilder, Frankfurt/M. 1923, S. 298 - 304

sie wurden sich augenblicklich einig, dass hier die Lösung lag. „So stark war unter dem Druck der Stunde das Bestreben der Vertragsgegner geworden, selbst im Widerspruch ihrer sachlichen Stellung das unmittelbare Hereinbrechen einer Katastrophe zu vermeiden.“

Das Kabinett unter Bauers Vorsitz tagte zur gleichen Zeit in einem anderen Raum und war immer noch ratlos. Den Fraktionsvorsitzenden gelang es, dorthin einen Boten mit der Information darüber zu geben, worüber sie sich inzwischen geeinigt hatten. Kurz darauf wurde aus dem Beratungszimmer eine Erklärung der Regierung hinaus gebracht, sie sei bereit, wenn ihr kein Vorwurf daraus gemacht würde, aufgrund der bereits gegebenen Vollmacht zu unterzeichnen.

Was dann folgte, ist dem Protokoll der Nationalversammlung vom 23. Juni 1919 zu entnehmen: Ministerpräsident Bauer schilderte noch einmal, mit welchen Vorbehalten seine Regierung in Versailles am Vortag die Annahme des Friedensvertrages mitgeteilt hatte und beendete seine Darlegungen mit folgendem Satz: „Ich darf wohl annehmen, dass auch nach diesen Vorgängen die Regierung zur Unterzeichnung berechtigt ist.“

Es folgte eine kurze Stellungnahme Schiffers, dass seine Fraktion den Vertrag weiterhin ablehne, aber mit folgendem Zusatz: „ Im übrigen habe ich zu erklären, dass bei meinen politischen Freunden kein Zweifel in die vaterländische Gesinnung und Überzeugung auch derjenigen gesetzt wird, die gestern mit ja gestimmt haben.“ Dem schlossen sich Heinze für die Deutsche Volkspartei und Schulz-Bromberg für die Deutschnationale Partei an.

Letzterer beantragte noch eine namentliche Abstimmung. Es war nur noch eine Dreiviertelstunde Zeit. Von den Zentrumsbänken ertönte der Ruf „unerhört!“ Präsident Fehrenbach behauptete, der Antrag Schulz sei unzulässig, die Abstimmung habe schon begonnen. Er forderte dazu auf, diejenigen, die der Meinung seien, dass die Regierung nach wie vor zur Unterzeichnung des Friedensvertrages berechtigt sei, der solle sich von seinem Sitz erheben. Es wurde also darüber abgestimmt, ob die Regierung zustimmen dürfe, nicht über den Inhalt des Vertrages. Fehrenbach stellte fest: „Das ist die Mehrheit. Diese schmerzliche Angelegenheit ist damit erledigt.“

Die Nachricht, dass Deutschland zustimmen werde, ging sofort hinaus nach Versailles. Dort überreichte der deutsche Gesandte v. Haniel eine Note, in der festgestellt wurde, gerade noch pünktlich um 16 Uhr.

Conrad Haußmann bezeichnete den Versailler Friedensvertrag in seinen Erinnerungen als „Weltdrama“, niemand habe das Recht, von diesen „unerhörten“ Bedingungen unberührt zu

bleiben und sie zu unterschreiben.³⁴ Nicht ohne Grund ertönte, als ganz zum Schluss eine namentliche Abstimmung verlangt wurde, bevor Fehrenbach das abzuwenden verstand, der Ruf „unerhört“. Niemand im Saal wollte, dass seine Zustimmung zu dem Vertrag nachweisbar war.

Haase trug durch seine juristische Formulierungs- und Interpretationskunst dazu bei, dass kein Reichstagsabgeordneter gezwungen wurde, sich offen zum Schuldvorwurf des Versailler Vertrages zu bekennen. Die französische Regierung brannte geradezu darauf, falls der Vertrag nicht unterzeichnet wurde, die Machtmittel des Erzfeindes endgültig zu zerschlagen und mit Hilfe der Separatisten Deutschland in mehrere unabhängige Staaten zu zerteilen.

Ernst Haase, der Sohn, bestätigt in seinem Erinnerungsbuch über seinen Vater die Darstellung Payers über die geschilderten Vorgänge am Nachmittag des 23. Juni 1919. Später hätten auch dessen Gegner zugeben müssen, dass es nur seiner Entschlossenheit und Wachsamkeit zu verdanken war, dass es zum Abschluss des Krieges kam und dass das deutsche Volk die Möglichkeit zum Wiederaufstieg erhielt.³⁵

34 Conrad Haußmann, Schlaglichter, a.a.O., S. 290 f.

35 Ernst Haase, Hugo Haase, a.a.O., S. 82